Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 15.11.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Dr. Andreas Bruder	Vorsitzender	
Wolfgang Klein		
Kerstin Schick	Steuerungsgruppe Behinder- tenhilfe	(Vertretung für Ulrike Föhst) (bis 18:10 Uhr)
Günter Seidenberg		(bis 18:15 Uhr)
Saskia Vohns		(Vertretung für Annette Patock)
Karin Wagner		(ab 16:15 Uhr)
Rolf Winkelmann		
Kai Wittler		

Beratende Mitglieder

Heiko Hagemann	SPD-Fraktion	
Sarah Labarbe	B'90/Die Grünen-Fraktion	(ab 16:10 Uhr)
Ursel Meyer	Seniorenrat	(bis 17:55 Uhr)
Thorsten Petersen-von Knebel	Die Linke-Fraktion	(bis 18:15 Uhr)
Jürgen Zilke	Integrationsrat	(Vertretung für Zehra Akyol)

Stellvertretende Mitglieder

Anja Dörrie-Sell		(von 16:20 bis 17:00 Uhr)
Marianne Drevenstedt		(ab 16:05 Uhr)

Gäste

Corny Annas	Integrationsfachdienst Bielefeld + Gütersloh	
Verena Bisping	AWO Kreisverband Bielefeld e.V.	
Mesut Can	Café 3b	
Annette Fuhrmann		
Dirk Lange-Mensing	Integrationsfachdienst Bielefeld + Gütersloh	
Gwendolin Schröder	Café 3b	

Verwaltung

Sven Dodenhoff
Peter Hiltawsky

Anna Hoffmann

Michael Kokemor

Schriftführung

Sven Schloemann

Bauamt

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt die Anwesenden zur 22. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Als neues, vom **Integrationsrat** entsandtes, beratendes Mitglied heißt er Herrn Zilke herzlich willkommen.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder schlägt vor, aus organisatorischen Gründen zunächst die Tagesordnungspunkte 11 und 12 zu behandeln. Seitens der Anwesenden werden dagegen keine Einwände erhoben.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

*Hinweis der Schriftführung:
Aus organisatorischen Gründen erfolgt zunächst die Beratung zu TOP 11 und 12.
Die Protokollierung erfolgt unter Punkt 11 und 12 dieser Niederschrift.*

Zu Punkt 1 **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner*innen anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.09.2023**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.09.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Sitzungstermine in 2024**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsun-

terlagen versandte Übersicht über die Sitzungstermine in 2024.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Bewerbung für die Ausrichtung der Special Olympics NRW Spiele 2027

Herr Schloemann verliest die Mitteilung der Verwaltung.

Text der Mitteilung:

Bewerbung für die Ausrichtung der Special Olympics NRW Spiele 2027

Die Stadt Bielefeld wird sich für die Ausrichtung der Special Olympics NRW Spiele 2027 bewerben. Die gemachten Erfahrungen und erlebten Momente im Rahmen des „Host Town Program“ und nicht zuletzt Bielefeld als diakonische Hauptstadt Deutschlands haben die Verwaltung zu dem Entschluss kommen lassen, sich für die Austragung der Spiele zu bewerben.

*Die Verwaltung konnte sich schon mit potentiellen Netzwerkpartner*innen austauschen und den Stadtsportbund Bielefeld und die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel als Netzwerkpartner*in gewinnen. Weitere Netzwerkpartner*innen sind noch angestrebt. Ebenso werden Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung Teil des angedachten Organisationskomitees.*

Eine Ausrichtung der Spiele wäre zweifellos ein großer Gewinn für die Stadt und die gesamte Region. Diese Veranstaltung bietet eine einzigartige Gelegenheit, Bielefeld als gastfreundliche, sportliche und inklusive Stadt zu präsentieren und gleichzeitig die Ideale des Sports und der Inklusion zu fördern.

Die Verwaltung wird nun bis zum 30.11.2023 eine Bewerbung anhand des Anforderungskatalogs erstellen und Special Olympics NRW zukommen lassen.

Im Januar 2024 erhalten die Bewerbenden eine Rückmeldung zu den Bewerbungen und die offizielle Bekanntgabe der nächsten Ausrichterstadt erfolgt bei den Landesspielen in Münster (22. – 25.05.2024).

Weitere Informationen können Sie auch der DS-NR: 6928/2020-2025 (Bewerbung für die Ausrichtung der Special Olympics NRW Spiele 2027) entnehmen.

Die Gremien werden über das weitere Verfahren entsprechend informiert.

Herr Zilke bittet um Auskunft, ob neben dem Stadtsportbund Bielefeld und den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel auch die rund 220 Sportvereine in Bielefeld als Netzwerkpartner*innen ge-

wonnen werden sollen. Vorsitzender Herr Dr. Bruder teilt mit, dass er davon ausgehe, dass alle potentiellen Netzwerkpartner*innen bis zum 30.11.2023 durch die Verwaltung angesprochen werden. Dennoch bittet er Herrn Schloemann, die Frage mit der Bitte um Beantwortung an die Verwaltung weiterzuleiten.

Im Nachgang zur Sitzung teilt die Verwaltung folgendes mit:
Die Verwaltung habe mit dem Stadtsportbund den Dachverband aller Bielefelder Sportvereine als Netzwerkpartner gewinnen können. Dieser spreche aktuell die Sportvereine an, welche evtl. eine Sportstätte für die Ausrichtung der Spiele zur Verfügung stellen könnten. Alle bislang angesprochenen Vereine (z.B. Spvg Heepen, BTG, RV Vilsendorf und BTTC) hätten sofort ihre Bereitschaft hierzu erklärt. Da bisher alle Rückmeldungen positiv waren, gehe die Verwaltung davon aus, dass sich ein Großteil, wenn nicht sogar alle Sportvereine, positiv zu den Spielen positionieren werden.

Nach offizieller Bekanntgabe des Ausrichters der Special Olympics NRW Spiele 2027 werde der Stadtsportbund zusammen mit der Verwaltung auf die Sportvereine, welche ihre Sportstätte zur Ausrichtung der Spiele zur Verfügung stellen müssen, zugehen.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Kürzung der Landesmittel für schulische Inklusion (Anfrage von Dr. Bruder vom 14.09.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6779/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Antwort der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6

EAA - Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber

Mit einer Präsentation (**Anlage 1**) informieren Frau Annas und Herr Lange-Mensing über ihre jeweiligen Aufgabenbereiche.

Im Anschluss beantworten Frau Annas und Herr Lange-Mensing Nachfragen der Anwesenden.

Der Integrationsfachdienst vermittele zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen und versuche, von einer Behinderung betroffenen Beschäftigten durch Veränderung der Rahmenbedingungen eine Weiterbeschäftigung im Unternehmen zu ermöglichen. Solche Veränderungen könnten z. B. die Inanspruchnahme der auf zwei Jahre befristeten Zuschüsse des LWL als Kompensation für die Arbeitgeber*innen sein. Als unmittelbare Hilfe für die beschäftigten Menschen mit Behinderung biete der Integrationsfachdienst diesen z. B. ein maximal 60-stündiges Job-Coaching vor Ort im Betrieb an, in welchem den betroffenen Arbeitnehmer*innen Techniken vermittelt werden, ihre Arbeit wieder gut leisten zu können. Herr Lange-Mensing ergänzt, dass sich die EAA darauf konzentrieren, die Arbeitgeber*innen für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren und zu motivieren. Hier gebe es immer noch große Unwissenheit. Der Integrationsfachdienst sei für die Unterstützung der betroffenen Arbeitnehmer*innen zuständig.

Sofern Beschäftigte einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) den Wunsch hätten, auf dem 1. Arbeitsmarkt zu arbeiten, würden diese zunächst in einem ausgelagerten Werkstattarbeitsplatz arbeiten. Sofern sich hier zeige, dass die Beschäftigten in der Lage seien, auf dem 1. Arbeitsmarkt zu arbeiten, würde der Sozialdienst der WfbM den Integrationsfachdienst ansprechen und diesen ersuchen, die Beschäftigten beim Wechsel zu unterstützen.

Herr Lange-Mensing teilt mit, dass er festgestellt habe, dass mittelständische oder kleine Unternehmen eher bereit seien, jungen Menschen mit Behinderung die Chance auf einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz zu geben, als große Unternehmen. Dennoch habe er den Eindruck, dass es durch medienwirksame Publikation großer Unternehmen über die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung für andere Unternehmen einen Pull-Effekt gebe.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Frau Annas und Herrn Lange-Mensing für ihre Ausführungen und wünscht viel Erfolg bei der Arbeit.

-.-.-

Zu Punkt 7

Inklusive Ferienspiele der Albatros-Schule

Frau Bisping informiert die Anwesenden mit einer Präsentation (**Anlage 2**) über die Ergebnisse des Kooperationsprojektes der Stadt Bielefeld, des AWO Kreisverbandes Bielefeld e. V., des Vereines Bielefelder Familien für Inklusion und des LWL.

Im Anschluss beantwortet Frau Bisping Nachfragen.

Den Begriff der „umgekehrten Inklusion“ habe nach ihrer Information der Verein Bielefelder Familien für Inklusion geprägt, welcher das Konzept der umgekehrten Inklusion schon seit einigen Jahren verfolge. Vorsitzender Herr Dr. Bruder ergänzt, dass man in Berlin ein ähnliches Konzept für Schulen angewandt habe, indem eine Förderschule in eine Gesamtschule umgewandelt wurde.

An den inklusiven Ferienspielen hätte eine große Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund teilgenommen. Genaue Zahlen hierzu würden ihr jedoch nicht vorliegen.

Frau Bisping teilt mit, dass die inklusiven Ferienspiele nicht über das Ferienspiele-Portal der Stadt Bielefeld angeboten wurden. Im kommenden Jahr sei jedoch geplant, dass Angebot der Albatros-Schule über das Portal zu offerieren.

-.-.-

Zu Punkt 8

Barrieren im Ostmanturmviertel

Mit einer Präsentation (**Anlage 3**) informieren Frau Schröder und Herr Can die Anwesenden über die im Rahmen von Quartiersrundgängen mit Betroffenen festgestellten Barrieren im Ostmanturmviertel. Herr Can ergänzt abschließend, dass aus dem Projekt „Barrierefreie Innenstadt“ wieder Finanzmittel für Rampen im Ostmanturmviertel beantragt werden können.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Frau Schröder und Herrn Can für den Vortrag. Er hebt hervor, dass es wichtig sei, kleinere Barrieren in einzelnen Stadtvierteln zügig abzubauen und entsprechende Anträge an die Verwaltung zu formulieren.

Im Anschluss beantworten Frau Schröder und Herr Can Nachfragen der Anwesenden.

Um durch Mülltonnen versperrte Gehwege in Zukunft zu vermeiden, sollen die Bürger*innen im Rahmen einer Postkartenaktion auf diese Barriere hingewiesen und gebeten werden, zukünftig die Mülltonnen nicht vor 18:00 Uhr am Vortag an die Straße zu stellen. Sollte dies nicht funktionieren, müsse der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld die Bürger*innen noch einmal darüber in Kenntnis setzen.

Feste Abstellplätze seien aus Sicht von Herrn Can auch keine Lösung, da die Barriere dann unter Umständen an anderer Stelle entstehe.

-.-.-

Zu Punkt 9

Öffentliche Toiletten in Bielefeld - Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6876/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt Herrn Dodenhoff. Herr Dodenhoff teilt mit, dass es der Verwaltung, auch aufgrund der demografischen Entwicklung, ein Anliegen sei, das Thema öffentliche Toiletten in Bielefeld als Mittel der Daseinsvorsorge voranzutreiben. Ebenso werde das Thema im Rahmen der Innenstadtstrategie behandelt, auch, um die Attraktivität der Innenstadt für Besucher*innen durch das Vorhalten von öffentlichen Toilettenanlagen zu steigern. Neben dem Bereich der Innenstadt beabsichtige die Verwaltung, öffentliche Toiletten auch in den Stadtteilzentren sowie an den Randgebieten einzurichten. Hierfür bedarf es jedoch einer Bestandsanalyse sowie der Entwicklung eines gesamtstädtischen Toilettenversorgungskonzeptes, welches die Verwaltung bei einem externen Unternehmen in Auftrag geben wolle. Leider sei es nicht möglich, die Bedarfsanalyse mit eigenem Personal zu bewerkstelligen. Herr Dodenhoff weist darauf hin, dass der **Seniorenrat** die Entwicklung eines gesamtstädtischen Toilettenversorgungskonzeptes, auch durch einen eigenen Antrag für die Bereitstellung von hierfür ausreichenden Finanzmitteln im Haushalt 2024, stütze. Er hoffe, dass sich auch die Politik in Kürze für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes aussprechen werde und der Auftrag dann vergeben werden könne. Herr Dodenhoff erläutert, dass die Errichtung einer öffentlichen Toilettenanlage ca. 150.000 € koste. Hinzu kämen jährliche Unterhaltungskosten von ca. 50.000 €. Ein großes Problem seien nach wie vor Schäden durch Vandalismus sowie die Sauberkeit der bestehenden öffentlichen Toiletten. Dies wäre insbesondere im Bereich des Bahnhofes sowie am Kesselbrink auffällig. Die Verwaltung bemühe sich bei Projekten wie z. B. der WissensWerkStadt, barrierefrei erreichbare, öffentliche Toiletten einzurichten. Im Rahmen des Umbaus des Bahnhofsviertels beabsichtige die Verwaltung darüber hinaus, dort eine inklusive „Toilette für alle“ zu errichten. Vorsitzender Herr Dr. Bruder weist darauf hin, dass der **Stadtentwicklungsausschuss** bereits am 02.11.2021 beschlossen habe, an zwei geeigneten Stellen im Stadtzentrum eine inklusive „Toilette für alle“ einzurichten. Im Übrigen habe jede bestehende, mindestens 12 m² große Behindertentoilette das Potential, in eine inklusive „Toilette für alle“ umgewandelt zu werden. Hierfür müsse lediglich eine höhenverstellbare Pflegeliege mit Sicherheitsgitter sowie ein elektrischer Deckenlifter mit Radius 2,5 m installiert werden. Die Kosten hierfür würden bei ca. 10.000 € lie-

gen.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Herrn Dodenhoff für seine Ausführungen und appelliert an diesen mitzunehmen, die „Toilette für alle“ zeitnah in Bielefeld zu realisieren, da diese für die Teilhabe von Menschen mit komplexen Behinderungen unabdingbar sei.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10

Bestellung der Ombudsperson nach § 16 WTG

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6917/2020-2025

Mit einer Präsentation (**Anlage 4**) informiert Herr Kokemor die Anwesenden über den Aufgabenbereich der Ombudsperson. Die Verwaltung habe sich entschieden, den Gremien für die Wahrnehmung des Ehrenamtes Frau Fuhrmann zu empfehlen, welche aus Sicht der Verwaltung aufgrund ihrer beruflichen Erfahrung für die Aufgabe besonders geeignet sei. Frau Fuhrmann stellt sich den Anwesenden kurz vor und skizziert ihren beruflichen Werdegang.

Im Anschluss beantworten Frau Fuhrmann und Herr Kokemor Nachfragen der Anwesenden.

Als vermittelnde Ombudsperson sei Frau Fuhrmann unabhängig und neutral tätig und somit nicht an Weisungen gebunden. Die Bekanntmachung der Ombudsperson in den Einrichtungen solle durch Flyer oder Aushang erfolgen. In einem zweiten Schritt werde es dann Informationsgespräche mit den Heimbeiräten geben. Die persönliche Vorstellung von Frau Fuhrmann in den einzelnen Einrichtungen sei denkbar, müsse aber aufgrund der primären Aufgabe der Schlichtung/Vermittlung bei Anliegen der Bewohner*innen als sekundär betrachtet werden.

Auf Anregung von Herrn Winkelmann, dass Frau Fuhrmann auch mit den Angehörigenvertretungen in Kontakt treten solle, bittet Frau Fuhrmann Herrn Winkelmann, ihr die Kontaktdaten zur Verfügung zu stellen.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließen:

Frau Annette Fuhrmann wird zur ehrenamtlich tätigen Om-

budsperson nach § 16 Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) NRW bis zum 31.12.2025 bestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Weiterführung des Teilhabefonds ab 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6870/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Beschlussvorlage.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Der Teilhabefonds wird für drei Jahre ab 2024 im Umfang von 150.000 € jährlich weitergeführt. Die Finanzierung der hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 450.000 € erfolgt aus bereits veranschlagten Haushaltsmitteln des Büros für Sozialplanung (540).**
- 2. Die in der Anlage beigefügten geltenden Richtlinien zur Vergabe der Projektmittel werden weiterhin angewendet.**
- 3. Das vorhandene Vergabegremium bleibt bestehen. Dieses Gremium empfiehlt dem Sozialdezernat mind. zwei Mal im Jahr mittels $\frac{3}{4}$ -Mehrheitsbeschluss, welche Projekte gefördert werden sollen. Das Vergabegremium setzt sich wie folgt zusammen:**
 - **3 Vertreter*innen der Kommunalpolitik:**
 - **CDU-Fraktion: Herr Copertino, Frau Schineller (Stellvertreterin)**
 - **SPD-Fraktion: Frau Gorsler, Herr Kollmeier (Stellvertreter)**
 - **Fraktion Bündnis 90/Grüne: Herr Hood, Frau Bohne (Stellvertreterin)**
 - **1 Vertreter*in des Integrationsrates:**
 - **Frau Adilovic, Frau El Alaoui (Stellvertreterin)**
 - **1 Vertreter*in des Beirates für Behindertenfragen:**
 - **Herr Dr. Bruder, Herr Winkelmann (Stellvertreter)**
 - **1 Vertreter*in des Seniorenrates:**
 - **Frau Huber, Herr Dr. Aubke (Stellvertreter)**
 - **1 Vertreter*in des Psychiatriebeirates:**
 - **Herr Müller, Herr Klein (Stellvertreter)**

- **2 Vertreter*innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände:**
 - **Frau Häckel, Frau Puffer (Stellvertreterin)**
 - **Herr Paus, Herr Varnholt (Stellvertreter)**
- **Sozialdezernent der Stadt Bielefeld (Vorsitz)**
- **2 Vertreter*innen aus dem Büro für Sozialplanung (Schriftführung)**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Haushaltsplan und Stellenplan 2024 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6482/2020-2025/1

Vorsitzender Herr Dr. Bruder teilt mit, dass er Herrn Schloemann gebeten habe, die vorliegende Beschlussvorlage allen Mitgliedern des Beirates für Behindertenfragen per E-Mail zur Verfügung zu stellen, damit diese Fragen hierzu mit der Bitte um Beantwortung an die Verwaltung richten können. Herr Schloemann berichtet, dass ihm keine Fragen zugegangen seien.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Fachbeirat für Mädchenarbeit	149 €	286.057 €	285.908 €
11.05.07	Unterhaltsvorschuss	13.830.044 €	16.414.269 €	2.584.225 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	117.528.331 €	220.938.398 €	103.410.067 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.566.936 €	118.737.982 €	108.171.046 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	284 €	1.943.152 €	1.942.868 €

Summen	141.925.744 €	358.319.858 €	216.394.114 €
--------	---------------	---------------	---------------

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	20.000 €	1.357.500 €	1.337.500 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	67.000 €	57.000 €
Summen		30.000 €	1.424.500 €	1.394.500 €

wird zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushalt 2024 wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf 2024** für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird entsprechend der Veränderungsliste Verwaltungsentwurf Stellenplan 2024 (Anlage 2) zugestimmt.
5. Der Freigabe des **Zuschusses an die Ärztliche Beratungsstelle** in Höhe von 21.000 € zur Förderung einer Maßnahme zur Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche für das Jahr 2024 wird zugestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss gibt außerdem die benötigten Haushaltsmittel für den Betrieb der Notschlafstelle für junge Menschen in Bielefeld frei.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13 Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

- vertagt -

Zu Punkt 14 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

- Herr Wittler berichtet aus der Sitzung des **Sozial- und Gesundheitsausschusses** vom 17.10.2023, in welcher unter anderem das Aufgabenfeld der Ombudsperson vorgestellt worden sei.

- Vorsitzender Herr Dr. Bruder informiert die Anwesenden, dass er in der Sitzung des **Stadtentwicklungsausschusses** vom 24.10.2023 bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes „Öffentliche Toiletten“ nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen habe, dass eine inklusive „Toilette für alle“ in Bielefeld geschaffen werden müsse. Er habe daran erinnert, dass der **Stadtentwicklungsausschuss** in seiner Sitzung am 02.11.2021 einstimmig beschlossen habe, an zwei geeigneten Stellen im Stadtzentrum eine inklusive „Toilette für alle“ einzurichten. Es sei skandalös, dass seit diesem Beschluss durch die Verwaltung nichts weiter veranlasst wurde.
- Aus dem **Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr“** teilt Vorsitzender Herr Dr. Bruder mit, dass sich der Arbeitskreis derzeit mit den letzten noch offenen Baubeteiligungsverfahren befasse.

Bezüglich der Arbeitskreise des Beirates für Behindertenfragen spricht er an, dass interessierte Mitglieder des Beirates jederzeit in den nachfolgenden Arbeitskreisen aktiv mitarbeiten könnten:

- Gesundheit
- Wohnen, Arbeit und Beschäftigung
- Bildung
- Bebaute Umwelt und Verkehr
- Öffentlichkeitsarbeit
- Beratung und Selbsthilfe
- Digitalisierung

Den Kontakt zu den Arbeitskreisleitungen stelle er gerne her.

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Schloemann teilt mit, dass der **Rat der Stadt Bielefeld** in seiner Sitzung am 02.11.2023 beschlossen habe, Frau Dörrie-Sell als neues, ordentliches beratendes Mitglied in den **Kulturausschuss** zu entsenden.

-.-.-

Zu Punkt 16

Bericht an die Presse

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Bruder
(Vorsitzender)

Schloemann
(Schriftführer)